

MEDIUM	Potsdamer Neueste Nachrichten
RESSORT	Potsdam
WANN	09. April 2009

Gesetzestreue: Land lehnt Antrag ab

Das Landeskulturministerium hat einen Antrag der Gesetzestreuenden Jüdischen Gemeinde Potsdam auf Förderung eines Gemeindezentrums abgelehnt. Dagegen hat die betroffene Gemeinde Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingelegt, wie Gemeindevorsteher Shimon Nebrat den PNN gestern mitteilte. Nebrat hatte seinen Antrag auf Förderung eines Gemeindezentrums mit der Förderung des Landes zum Bau einer Synagoge in der Potsdamer Schlossstraße begründet. Diese werde nach der Fertigstellung 2012 von „der Konkurrenzgemeinde“, so Nebrat, der Jüdischen Gemeinde Potsdam, genutzt. Nebrats Vorstellung zufolge könne eine Synagoge aber nur von einer Gemeinde genutzt werden.

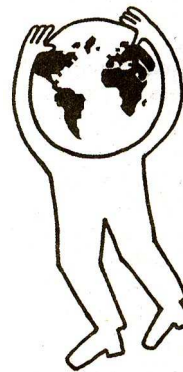
Es gebe schon „formal“ keinen Anspruch einer Gemeinde auf ein Gemeindehaus, wenn eine andere Gemeinde eine Synagoge erhält, erklärte Holger Drews, Sprecher des Landeskulturministeriums. Zudem habe das Oberverwaltungsgericht dem Land 2005 erlaubt, zwischen den Gemeinden zu „differenzieren“. Bei der Gesetzestreuenden Gemeinde sei „ein erheblicher Bedeutungsrückstand“ festzustellen, der die Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht ermögliche, heißt es in der Ablehnung des Landes. Beim Bundesverfassungsgericht noch anhängig ist derzeit eine Klage der Gesetzestreuenden Jüdischen Gemeinde gegen den Staatsvertrag Brandenburgs mit der Jüdischen Gemeinde Potsdam. *gb*

ATLAS

Arithmetik

GUIDO BERG über den Streit mit der
Gesetzestreuenden Jüdischen Gemeinde

Hintergrund des Streites zwischen der Gesetzestreuenden Jüdischen Gemeinde und dem Land Brandenburg ist eine komplizierte Gemengelage. Da ist der Vorsitzende, Shimon Nebrat, dessen Vorgehen eine Lösung erschwert wenn nicht verhindert. Sein regelmäßiger Vorwurf, das Land Brandenburg betreibe eine „antisemitische Politik“, ist nicht selten



persönlich an die Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) gerichtet. Der Vorwurf des Antisemitismus verlässt alle Maßstäbe; die Ministerin kann gar nicht anders, als Nebrat offiziell zu ignorieren. Erschwert wird die Situation durch die Weigerung Nebrats, irgendetwas mit der neuen Synagoge in der Schlossstraße zu tun haben zu wollen. Nebrat sagt, jede jüdische Gemeinde müsse eine eigene Synagoge haben. Das mag theologisch wünschenswert sein und wer weiß, vielleicht hat Potsdam in der Zukunft ja das Potential für zwei jüdische Gotteshäuser. Katholiken und Protestanten beten auch in unterschiedlichen Kirchen. Aber nach null kommt zunächst eins. Dass Nebrat dieser Arithmetik schlicht die Stirn bietet, ist sein gutes Recht. Ob er damit auch im juristischen Sinne recht hat, entscheiden die Gerichte.